



Liebe Leserinnen und Leser,

### **Seit Mittwoch rollt er wieder!**

ich werde mein Wochenende mal wieder im Wendland verbringen und das mit gutem Grund! Der Castor rollt nach Gorleben und mit ihm 10 Tonnen Atommüll. Der Atomausstieg ist beschlossen - warum dann noch auf die Straße gehen? Der § 9a des Atomgesetzes besagt: Atomkraftwerke und andere Atomanlagen dürfen nur betrieben werden, wenn sichergestellt ist, dass der anfallende Atommüll „geordnet beseitigt“ wird. Auf Gorleben, soviel ist sicher, trifft dies jedoch nicht zu! So sucht die Bundesregierung seit über 40 Jahren einen geeigneten Platz zur Aufbewahrung des gefährlichen Mülls. Mehr als eine Übergangslösung, die bei Betrachtung aller Fakten noch nicht einmal eine solche darstellt, konnte dabei nicht präsentiert werden. Orte wie der Salzstock in Gorleben oder das „Versuchsendlager“ ASSE und die rund zehn Versuche, an verschiedenen Orten eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) zu errichten, dienen in erster Linie dazu, den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke zu ermöglichen. Für Kernenergie in Deutschland ist das Verursacherprinzip nicht gegeben, da ein Großteil der Kosten für die Entsorgung von radioaktivem Abfall nicht von den Kernkraftwerk-Betreibern, sondern vom Bund bzw. Steuerzahler übernommen wird. Die Energiekonzerne kann`s nur freuen! Alleine für die Schließung der Schachanlage ASSE kommen auf den Steuerzahler Kosten von bis zu sechs Milliarden Euro zu. Das Verhalten der Bundesregierung bei der ganzen Problematik ist nicht berechenbar. Deswegen kann ich nur noch einmal daran erinnern, dass die jetzigen Ausstiegsgesetze umkehrbar sind, aber nur, wenn der öffentliche Druck spürbar bleibt, ist der Atomausstieg gesichert. Nur mit Protesten gegen Gorleben als Endlager besteht die Chance auf eine tragfähige Lösung für den Atommüll und einen baldigen Atomausstieg.

### **ASSE-Atommüll: Aufklärung und Bergung werden bewusst verschleppt!**

Am 26. September 2011 besuchte ich zusammen mit Mitgliedern des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages unter Leitung der Ausschussvorsitzenden, meiner Fraktionskollegin Eva Bulling-Schröter, das gescheiterte Atommüllendlager in der Nähe von Braunschweig. Bereits am Bahnhof wurde unsere etwa 20-köpfige Gruppe von Atomkraftgegnern der AG Schacht Konrad und der ASSE empfangen. Am 25 km entfernten Schacht des Salzbergwerkes ASSE II bekamen alle Abgeordneten von den ASSE-Initiativen eine Wundertüte mit den wichtigsten Fragen und Argumenten zum gescheiterten Atommüllbergwerk. In Ansprachen betonten die Atomkraftgegner ihre hohen Erwartungen an Umweltausschuss und Bundestag. Besonders ärgert die Bürgerinitiativen, dass eine umfassende Aufklärung des Atommüllskandals sowohl im niedersächsischen ASSE-Untersuchungsausschuss, als auch für die Anwohner der ASSE vom Bundeskanzleramt behindert wird. Dem seit Juni 2009 arbeitenden Untersuchungsausschuss werden noch immer wichtige Akten des Bundeskanzleramtes vorenthalten, mit der Begründung, dass sich diese auf den „geschützten Kernbereich des Regierungshandelns“ erstrecken. Gegen dieses Verhalten des Bundeskanzleramtes im Umgang mit über 30 Jahre alten Akten hat der Untersuchungsausschuss im November 2010 einstimmig Klage erhoben. Ein Ende dieses Stückes aus dem Tollhaus ist bis zum Ende des Untersuchungsausschusses nicht absehbar.

Dass für den aus der ASSE zu bergenden Atommüll als Erstes ein Zwischenlager und eine Anlage zur Umverpackung benötigt werden und möglicherweise ein neuer Schacht gebaut werden muss, sehen auch die Bürgerinitiativen. Allerdings fordern sie eine ergebnisoffene Standortsuche mit klaren Kriterien und strikter Begrenzung auf den ASSE-Müll.

Im Namen des Unterausschusses sagte Eva Bulling-Schröter den ASSE-Initiativen alle mögliche Unterstützung zu und lud die Gruppen noch für dieses Jahr zu einer Sitzung des Unterausschusses nach Berlin ein. Vor der Fahrt in die Tiefe stellte der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), Wolfram König, die aktuelle Lage in der ASSE von Seiten des Betreibers dar. Die wichtigsten Punkte sind die Umrüstung des bisher nach Bergrecht genehmigten Bergwerkes auf eine Anlage nach Atomrecht, die Stabilisierung des einsturzgefährdeten Bergwerkes, die sichere Rückholung des Atommülls und Schließung des Bergwerkes. Warum die unter hohem Zeitdruck stehenden Prozesse bisher nicht so recht voran kommen, liegt nach Königs Ansicht vor allem daran, dass jetzt unter Atomrecht für jeden Schritt über ein Dutzend Ministerien und Institutionen beteiligt werden müssen. Nicht alle arbeiten bisher mit dem gebotenen Eifer und der erforderlichen Geschwindigkeit an den Verfahren mit. Genau wegen diesen Missständen stellte ich folgende Frage: Welche strafrechtliche Relevanz hat die Einbringung falsch deklarerter Stoffe? Bärbel Höhn (Bündnis 90/ Die Grünen) fragte, ob in den beteiligten genehmigenden Stellen personelle Verflechtungen dienstlicher Art vorliegen würden, von Mitarbeitern, die früher für die ASSE und die jetzigen Missstände zuständig waren. Der Verdacht liegt nahe, dass die Täter von gestern keinen gesteigerten Wert auf die Genehmigung von Untersuchungen legen, deren Ergebnisse sie selbst belasten könnten. Herr Lauenstein, der für das Niedersächsische Umweltministerium und damit auch für die Bergämter zuständig war, hielt sich bei seiner Antwort dann auch eher bedeckt. Eine personelle Überschneidung sei gerade bei den Bergämtern nicht auszuschließen, weil dies aber auch Gegenstand des ASSE-Untersuchungsausschusses und von staatsanwaltlichen Ermittlungen sei, könne er sich dazu nicht weiter äußern.

Die unmittelbar bevorstehenden Arbeiten zum Anbohren der Einlagerungskammern 7 und 12, die Aufschluss darüber bringen sollen, in welchem Zustand sich der dort eingelagerte Atommüll befindet und ob der Inhalt mit den bisher bekannten Angaben übereinstimmt, konnten auch bei der Befahrung des Bergwerkes besichtigt werden. Diese Beprobung soll nun innerhalb von 6 Monaten möglich sein. Der Bau eines neuen Schachtes, durch den die Bergung schneller und sicherer erfolgen könnte, soll dagegen noch 9 Jahre dauern. Und niemand weiß, ob das Bergwerk überhaupt noch so lange hält, denn ein größerer Wassereinbruch könnte jederzeit erfolgen und würde als „Gegenmaßnahme“ die Flutung des Bergwerkes mit einer Magnesium-Chlorid –Lösung zur Folge haben. Diese soll eine weitere Auswaschung des Salzes verhindern, macht aber auch eine Rückholung des Atommülls für alle Zukunft unmöglich. Wie akut die Einsturzgefahr ist, konnten die Abgeordneten auch an zwei Absperrmauern sehen, die erst vor wenigen Monaten errichtet, jetzt schon wieder vom Gebirgsdruck beschädigt oder zerstört waren.

Das Thema wird die Politik also noch länger intensiv beschäftigen. Eine Aufarbeitung der Vorgänge, die zu diesen Missständen geführt haben, muss dringend erfolgen. Die dabei erreichten Ergebnisse müssen dann in ein ergebnisoffenes Verfahren für eine neue Endlagersuche einzufließen. Ich denke, in die zukünftige wissenschaftliche Arbeit sollten auch die Bürgerinitiativen mit ihrem erworbenen Sachverstand unbedingt mit eingebunden werden.

Einen guten Start in die vorweihnachtliche Zeit wünscht Ihnen

Ihr Ralph Lenkert